

Pressespiegel 2020

Press Documentation 2020

NOVOMATIC

Erstellt von
Prepared by

Datum
Date

Konzernkommunikation

20.04.2020 / KW 16



In einem Brief an den Aufsichtsrat wird wieder deutlich, wie es bei den Casinos intern zugeht

Casinos-Affäre: Eine Abrechnung

Sidlo-Bestellung. Arbeitsrechtler Schima wehrt sich gegen „Persilschein“-Vorwurf. Hesoun als Aufsichtsratschef?



ANDREA HODOSCHEK

Wirtschaft von innen

Noch überdeckt die Corona-Krise alle anderen Themen, doch in wenigen Wochen wird die Casinos-Affäre wieder in die öffentliche Aufmerksamkeit rücken. Am 4. Juni beginnt der vorläufig auf 42 Tage anberaumte Ibiza-Untersuchungsausschuss.

Auch wenn der erbitterte Krieg zwischen den Großaktionären der teilstaatlichen Glücksspielgruppe beendet ist und die tschechische Sazka Group mit der Staatsholding Öbag eine Syndikatsvereinbarung geschlossen hat, ist die jüngste Vergangenheit noch nicht abgeschlossen. Die Ermittlungen der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft haben sich zum Großverfahren aus-

gewachsen, doch strafrechtlich wird die Causa zusehends dünner. Immer noch geht es um Vorwürfe, die Bestellung des (inzwischen längst abberufenen) FPÖ-nahen Managers **Peter Sidlo** zum Finanzchef der Casinos sei das Ergebnis eines möglichen Deals mit dem heimischen Gaming-Konzern und zwischenzeitlichen Casinos-Aktionärs Novomatic.

Der Casinos-Aufsichtsrat hatte die renommierte Arbeitsrechts-Kanzlei **Schima, Mayer, Starlinger (SMS)** gemeinsam mit KPMG mit der Prüfung beauftragt, ob die Bestellung von Sidlo „sorgfaltskonform“ erfolgt sei. Sazka reklamierte zusätzlich die Kanzlei Frotz hinein, diese sollte die Durchführung, nicht aber den Inhalt der Untersuchung prüfen. Zwischen den beiden Kanzleien flogen erwartungsgemäß bald die Fetzen.

Die mehr als 300.000 Euro teure Untersuchung entlastete schließlich den Aufsichtsrat. **Robert Chvatal**, Vize-Aufsichtsratschef und CEO der Sazka-Group, kritisierte das Ergebnis jedoch öffentlich als

„Persilschein-Bericht“. Chvatal und der zweite Sazka-Vertreter hatten sich bei der Bestellung von Sidlo der Stimme enthalten, alle anderen Aufsichtsräte inklusive Betriebsräte zugestimmt.

Man habe „alles andere denn einen Persilscheinbericht erstattet, wie dies ein Aufsichtsratsmitglied in der Öffentlichkeit ohne irgendeinen Beleg behauptete“, schrieb Kanzlei-Chef **Georg Schima** am 21. Februar in einem emporgerufenen Brief an den gesamten Casinos-Aufsichtsrat und argumentiert mit der Reputation des Unternehmens und des Gremiums.

Vielmehr hätten die Sazka-Vertreter versucht, den Umfang der Prüfung „erheblich einzuschränken“. SMS und KPMG hätten eben nicht prüfen sollen, ob sich der Aufsichtsrat bei der Bestellung von Sidlo insgesamt sorgfaltskonform verhalten habe. Sondern lediglich, ob das Aufsichtsratspräsidium (neben Chvatal der Raiffeisen-Manager **Walter Rothensteiner** und Ex-Novomatic-Chef **Harald Neumann**) verpflichtet gewesen wäre, dem gesamten

Aufsichtsrat die Langfassung des Berichtes des Personalberaters **Egon Zehnder** zur Verfügung zu stellen. Außerdem hätte ebenfalls nicht überprüft werden sollen, ob Sidlo in Zusammenhang mit den von der Staatsanwaltschaft behaupteten Absprachen Pflichtverletzungen vorzuwerfen seien, sondern nur, „ob es Hinweise auf Absprachen gegeben habe“.

Die Sazka-Vertreter konnten sich jedoch nicht durchsetzen. Die geforderte Reduzierung des Prüfungsauftrags hätte die Untersuchung „völlig entwertet“, da weder geklärt worden wäre, ob sich der Aufsichtsrat sorgfaltskonform verhalten habe, noch ob Sidlo eine Pflichtverletzung vorzuwerfen war.

Sidlo wurde von der Hauptversammlung abberufen und hat die Casinos wie berichtet auf 2,3 Millionen Euro geklagt.

Die Neubestellung des Aufsichtsrates der Casinos-Gruppe ist derzeit aufgeschoben, die für Ende März anberaumte Hauptversammlung wurde Corona-bedingt abgesagt.



Peter Sidlo, als Finanzvorstand bestellt und wieder abberufen



Sazka-Chef Robert Chvatal startete Masken-Kampagne

Der Wunschkandidat der Sazka, Ex-Erste-Group-Chef **Andreas Treichl**, hat nach längerem Nachdenken abgelehnt. Der Banker ist Chairman des Aufsichtsrates der Erste Stiftung. Deren philanthropische Ausrichtung vertritt sich allerdings kaum mit dem Vorsitz in einem Glücksspielunternehmen. Treichl hatte den Einstieg der Sazka bei den Casinos unterstützt, die Erste ist Marktführer in

Tschechien und mit Sazka gut im Geschäft.

Österreich hat sich im Syndikatsvertrag das Nominierungsrecht für den Casinos-Aufsichtsratsvorsitz und den CEO-Posten ausverhandelt. Seit Treichls Absage wird **Siemens-Österreich-Chef Wolfgang Hesoun** als Favorit gehandelt. Dem erfahrenen und bestens vernetzten Top-Manager wird zugetraut, endlich Ruhe in das krisengebeutelte Unternehmen zu bringen. Der SPÖ-nahe Manager gilt auch als einer der Kandidaten für den neuen Präsidenten der Industriellenvereinigung. Hesoun hat einen guten Draht zu ÖVP-Bundeskanzler **Sebastian Kurz**.

Sazka startete jetzt in Tschechien eine Corona-Masken-Kampagne, die es bis in den US-Sender CNN schaffte. Die Casinos griffen die Kampagne in Österreich mit *wirtragenmaske.at* auf. Neben praktischen Hinweisen solidarisierten sich etliche Promis aus Wirtschaft, Sport und Kultur mit dem Masken-Tragen.

andrea.hodoschek@kurier.at

„www.casinoonline.de“, 19.04.2020

Liechtenstein: Casino-Boom durch Corona-Krise ausgebremst

Im Dezember wurde in Liechtenstein das vierte Casino eröffnet. Das Glücksspiel brachte viel Geld in das kleine Land, zumindest bis zum 17. März 2020, denn an diesem Tag veranlasste die Regierung im Rahmen der Maßnahmen zur Bekämpfung des Coronavirus die Schließung aller Spielstätten.

Wie hoch der wirtschaftliche Schaden bemessen ist, lassen die Zahlen aus dem Jahre 2019 vermuten. Rund 80 Mio. CHF (ca. 76 Mio. Euro) wurden generiert. Davon flossen etwa 30 Mio. CHF in die Staatskassen. Im Vergleich zu 2018, als 19 Mio. CHF Geldspielabgabe an Liechtenstein gezahlt wurden, lässt sich eine enorme Umsatzsteigerung erkennen.

Hohe Verluste durch das Coronavirus

Im „Las Vegas Europas“, wie Liechtenstein häufig genannt wurde, löschte der Lockdown die Lichter der Spielstätten und hinterließ verwaiste Spieltische. Auch im Liechtensteiner Casino Schaanwald, wo sich im Schnitt täglich 360 Gäste tummelten, bleiben die Pforten geschlossen.

Rund 80 % der Besucher kommen aus den benachbarten Ländern zum Spielen nach Liechtenstein. Aufgrund der Grenzschließungen können sie die Casinos nicht besuchen.

Martin Frommelt, Sprecher der Casinobetreiberin Casinos Austria (Liechtenstein) AG, erklärte dem Wirtschaftsmagazin [Handelsblatt](#) gegenüber:

“ „Wir haben 2019 pro Tag einen Bruttospielertrag von 60.000 Schweizer Franken erzielt, der nun natürlich fehlt.“ “

Liechtenstein setzt auch künftig auf das Casino-Geschäft

Für das Fürstentum Liechtenstein sind die Casinos normalerweise ein lukratives Geschäft. Gegen Jahresende sollen trotz vehementer [Widerstände](#) neben den bereits bestehenden Casinos in Schaanwald, in Ruggell, in Triesen und in Bendern zwei weitere Glücksspielstätten ihren Betrieb aufnehmen.

Vom Steuerparadies zum Glücksspiel-Zentrum

Liechtenstein war einst eine beliebte Oase für Steuerflüchtlinge, bis im Jahre 2008 durch gestohlene Datensätze aufgedeckt wurde, dass Tausende reiche Deutsche rund 3,4 Milliarden Euro an den deutschen Finanzbehörden vorbei nach Liechtenstein geschleust hatten.

In den Skandal soll unter anderem die LGT-Bank des Liechtensteinischen Fürstenhauses verwickelt gewesen sein. Der Vorfall wird auch heute noch als „die größte Steuerfahndung, die Deutschland je gesehen hat“ beschrieben.

2009 wurde das Glücksspielverbot aufgehoben, um neue wirtschaftliche Möglichkeiten zu erschließen. Den Ansturm auf Liechtensteiner Glücksspiel-Konzessionen erfolgte schließlich 2016, nachdem auch ausländische Investoren die Genehmigung erhalten hatten, in die Casinos zu investieren.

Devisen kämen vor allem aus den Nachbarländern, erklärte Frommelt weiter. Im Vierländereck gebe es eine sehr hohe Kaufkraft. Darauf beruhe das neue Geschäftsmodell des Fürstentums. Aus diesem Grunde werde sich auch an den geplanten Neueröffnungen nichts ändern.

Las Vegas in Liechtenstein

Einst war das Fürstentum Europas Steuerparadies, heute spült die Glücksspielindustrie Millionen in die Staatskasse. Doch nun lähmen Coronakrise und Bürgerproteste den Casino-Boom.

Der graue Betonklotz passt nicht so recht ins Liechtensteiner Panorama. Umgeben von Einfamilienhäusern, einer Schule und verschneiten Hügelketten in der Ferne ist er ein nüchterner Kontrapunkt in der sonst eher lieblichen Alpenidylle. Die Anwohner in Balzers haben sich arrangiert, haben sich gewöhnt an den Anblick des schmucklosen Kolosses.

Womit sie sich weniger anfreunden können, ist der neue Mieter des Gebäudes: ein Casinobetreiber. "Das gehört doch einfach nicht hier in unser Dorf", echauffiert sich Michael Konzett. Doch während er und andere Anwohner vor Gericht gegen das Casino in Balzers klagen, freut sich Liechtenstein über das Projekt. Jeder neue Glücksspieltempel bringt dem Land viel Geld - und daran wird die momentane Coronakrise nichts ändern. Auch wenn zurzeit alle Casinos geschlossen bleiben: Nach dem Shutdown werden sie wiederkommen - jene Glücksritter, Zocker und Hoffnungsvollen, die den Kick des schnellen Geldes suchen. Und sie werden mit ihren Einsätzen nicht nur die Umsätze der Kasinobetreiber befeuern; sie werden auch Millionen in die Staatskasse spülen.

In den vergangenen vier Jahren haben vier Casinos im Fürstentum eröffnet. Das Casino Admiral Ruggell, das Casino Schaanwald Liechtenstein, das Grand Casino Liechtenstein und das Casino Admiral Triesen. Zwei weitere Eröffnungen sind für dieses Jahr geplant. Das ist sehr viel Glücksspiel für einen Staat, der gerade einmal 25 Kilometer lang ist und 38 000 Einwohner zählt. Sollten alle sechs Betriebe bewilligt werden, herrscht in Liechtenstein eine größere Casinodichte als in den Spielerparadiesen Las Vegas, Macau und Monaco. Auf ein Liechtensteiner Casino kommen dann ungefähr 6 300 Einwohner.

Ein rasanter Wandel für ein Land, das den meisten noch als Europas Steuerparadies in Erinnerung ist. Das Geschäftsmodell Liechtensteins war lange das gut gehütete Bankgeheimnis. Menschen aus aller Welt versteckten ihr Geld auf Konten im Fürsten-

tum, um dem heimischen Fiskus zu entgehen. Erst als sich Liechtenstein 2008 auf massiven Druck auch aus Deutschland zum Austausch von Kontodaten mit anderen Ländern verpflichtete, brach das profitable Geschäftsfeld plötzlich zusammen. Seitdem versucht sich Liechtenstein als Finanzplatz für saubere Geschäfte zu etablieren. Ein schwieriges Unterfangen, um das viele Standorte auf der ganzen Welt konkurrieren.

Doch für die finanziellen Einbußen hat Liechtenstein inzwischen einen Ersatz gefunden, der weniger aufwendig ist als ehrliche Bankgeschäfte - und in altbewährter Manier vor allem auf Steuervorteilen beruht: Casinos. Sie machen nicht viel Arbeit, brauchen kaum Platz und werfen Millionen an Einnahmen ab. Ein Glücksfall also, wären da nicht der schlechte Ruf der Branche und die Corona-Pandemie.

Spieltische verwaist Es ist zwölf Uhr mittags an einem Wochentag. Während sonst um diese Zeit die ersten Gäste vor den blinkenden Automaten im Casino Schaanwald sitzen und auf die bunten Knöpfe drücken, herrscht nun gespenstische Stille. Und das ist seit dem 17. März so. Nur ein Tag nachdem sich die Casinostadt Las Vegas in eine Geisterstadt verwandelt hatte, folgte Europas Glücksspielzentrum: Mit dem Lockdown der Wirtschaft gingen auch die Lichter in den Casinos aus. Seitdem ist nicht nur der berühmte "Strip" in Nevada verlassen, sondern auch die acht Spieltische und 131 Geldspielautomaten in Schaan.

Die 360 Gäste, die sonst täglich in Liechtenstein um Geld und Glück fiebern, bleiben nun daheim. Und selbst wenn die Casinos geöffnet hätten: 80 Prozent der Kunden kommen aus den Nachbarländern; sie würden schon an der Grenze gestoppt. Für die Branche ist das schmerzlich. Las Vegas rechnet etwa damit, dass jeder Monat des Lockdowns die Casinoindustrie 4,7 Milliarden Dollar Umsatz kostet. In Liechtenstein lässt sich der Schaden, den das Coronavirus anrichtet, höchstens erahnen. "Wir haben 2019 pro Tag einen Bruttospielertrag von

60 000 Schweizer Franken erzielt, der nun natürlich fehlt", erklärt Martin Frommelt, Sprecher der Casinobetreiberin "Casinos Austria (Liechtenstein) AG". Dennoch: Trotz der momentan schwierigen Lage ist Frommelt überzeugt vom Geschäftsmodell seines Unternehmens. Und so werde auch nicht an den geplanten Neueröffnungen gerüttelt. "Hier im Vierländereck gibt es eine sehr hohe Kaufkraft, was uns zugute kommt", sagt Frommelt.

Ähnlich wie früher beim Schwarzgeld beruht auch das neue Geschäftsmodell von Liechtenstein vor allem darauf, Geld aus den Nachbarländern anzuziehen. 2018 nahm das Casino einen Bruttospielertrag von 19 Millionen Schweizer Franken ein. Abzüglich der Geldspielabgabe von ungefähr 35 Prozent, einer zweiprozentigen Aufsichtsabgabe und der Unternehmenssteuer von 12,5 Prozent blieb davon noch eine ordentliche Summe übrig. Wie viel genau, verrät die Casinos Austria AG nicht. Da sie in diesem Jahr ein weiteres Casino in Liechtenstein eröffnen möchte, scheint das Ergebnis aber nicht allzu schlecht ausgefallen zu sein.

Für das Fürstentum selbst sind die Glücksspielhäuser ebenfalls ein Millionengeschäft. 17,5 bis 40 Prozent der Bruttospielerträge zahlen die Casinos an das Fürstentum. Im Jahr 2018 kamen so 19 Millionen Schweizer Franken zusammen - abgeführt von nur zwei Casinos. Die anderen beiden eröffneten erst gegen Ende des Jahres, deshalb fällt ihr Beitrag kaum ins Gewicht. Für 2019 rechnet das Land mit rund 29 Millionen Schweizer Franken, die genauen Zahlen stehen noch nicht fest.

Dennoch: Im Vergleich zu den angrenzenden Staaten ist Liechtenstein für Casinos eine Steueroase. Deutschland zieht durchschnittlich rund 60 Prozent der Bruttospielerträge ein, die Schweiz zwischen 40 und 80, Österreich 30. Ein klarer Standortvorteil für Liechtenstein, den viele Casinobetreiber erkannt haben.

Michael Konzett (49) und sein 70-jähriger Nachbar Benno Büchel sind im Fürstentum aufgewachsen und be-

obachten diese Entwicklung mit Sorge. "Das ist ein Wettkampf, und wir tragen die Kollateralschäden", erklärt Büchel. Zusammen mit Rechtsanwalt Thomas Geiger sitzen sie am rustikalen Holztisch im Wohnzimmer von Konzett. Es ist gemütlich hier, die Einrichtung bunt zusammengewürfelt. Ein Glaskronleuchter hängt über dem Tisch, eine grüne Sofalandschaft füllt die Zimmerecke und ein bunt bemalter Schaukelstuhl steht mitten im Raum. Konzett schiebt jedem eine rot-weiß gepunktete Tasse zu und gießt Kaffee ein, bevor die drei mit ihrer Geschichte beginnen. Sie betrachten den Betonbau durchs Fenster, in das sich das Casino einmieten möchte.

Ihre größten Befürchtungen sind noch nicht eingetreten. Nur der Supermarkt im Untergeschoss hat die Türen geöffnet, das Casino Balzers im ersten Stock nicht, denn der Rechtsstreit ist noch nicht beendet. Büchel klingt entschlossen. "Das ist ein Kampf zwischen David und Goliath", sagt er, "aber David lässt sich nicht einschüchtern." Momentan warten sie auf die finale Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofs als letzte Instanz, in allen vorherigen haben sie verloren. Konzett schüttelt den Kopf. "Ich verstehe es nicht. Eigentlich ist Liechtenstein sehr konservativ eingestellt. Aber sobald es um Geld geht, sind wir hier erstaunlich kreativ."

Glücksspiel war bis 2009 in Liechtenstein verboten. Erst nach dem Steuerskandal hoben Regierung und Landtag zusammen mit dem Fürstenhaus das Verbot auf, um neue Geschäftsfelder zu erschließen. 2016 reformierten sie das Geldspielgesetz erneut und öffneten den Casinomarkt für alle Bewerber, die die nötigen Zugangsvoraussetzungen nachweisen können: einen guten Leumund, die rechtmäßige Herkunft der zur Verfügung stehenden Geldmittel, Unabhängigkeit der Geschäftsführung, die Transparenz und Überwachung des Spielbetriebs und der Geldflüsse sowie die notwendigen Fachkenntnisse. Außerdem müssen Bewerber ein Sozialkonzept vorlegen. "Mit dem dann folgenden Andrang hat wirklich niemand in der Politik gerechnet", erzählt Günther Fritz, Parteivorsitzender der Vaterländischen Union (VU), die als konservativ und wirtschaftsliberal gilt. "Aber der Plan für ein neues Geschäftsfeld ist aufgegangen." Die

VU ist neben der Fortschrittlichen Bürgerpartei eine der beiden großen Parteien in Liechtenstein. Zusammen bilden sie seit 2005 in einer Koalition die Regierung und waren demnach an der Macht, als das Geldspielverbot aufgehoben und später reformiert wurde.

Während sich das Land über die neuen Einnahmen freut, beobachtet der Bankenverband den Casinomarkt kritisch. Noch gut erinnert man sich, wie sehr das Dasein als Steueroase einst den Ruf des Landes ruinierte. Nun fürchten die Kreditinstitute, dass der Glücksspielmarkt einen ähnlichen Effekt haben könnte. Schließlich hängt der Casinobranche das Image an, illegales Geld am Spieltisch reinzuwaschen. "Für uns und den Finanzplatz bleibt entscheidend, dass die in den vergangenen Jahren erworbene hohe internationale Anerkennung keinen Schaden nimmt", erklärt Simon Triebelhorn, Geschäftsführer des Bankenverbands. Die Geldhäuser hätten sich trotz des anhaltend schwierigen Umfelds positiv entwickelt und die Reputation des Platzes spürbar verbessert. Der boomende Casinomarkt "darf sich auf diesen guten Ruf nicht negativ auswirken", warnt er. Liechtenstein sei schließlich auf internationale Beziehungen und Export angewiesen.

Katharina Gey, Leiterin des Amts für Wirtschaft, kann die Bedenken nicht teilen. "Man darf nicht vergessen, dass Liechtenstein vor allem ein Industriestaat ist", sagt sie und zählt einige der heimischen Unternehmen auf. Liechtensteins Vorzeigekonzern Hilti hat es aus der Gemeinde Schaan auf die Weltbühne geschafft. Die gesamten Steuereinnahmen Liechtensteins betrugen 2018 rund 924 Millionen Euro Schweizer Franken. Die 19 Millionen aus den Geldspielabgaben der Casinos fallen dabei nur mit einem Anteil von zwei Prozent ins Gewicht. "Das liegt daran, dass über 40 Prozent der Wertschöpfung aus dem Industriesektor und 25 Prozent vom Finanzplatz kommen", erklärt Gey. "Die Industrie ist das Rückgrat Liechtensteins." Gegen Geldwäsche würde aktiv vorgegangen, denn die Finanzmarktaufsicht Liechtenstein überwache die Spielbanken nach strengen EU-Richtlinien.

Und schließlich regele sich der Markt irgendwann von selbst, da müsse man nicht eingreifen und die

Anzahl der Casinos begrenzen - zumal die Zulassungsvoraussetzungen und die laufende Aufsicht in Liechtenstein mindestens so streng seien wie die Kontrollmechanismen von Ländern, die über ein Konzessionssystem verfügten.

Die Bürger in Balzers können diese Argumente nicht mehr hören: "Mit dem Casino hätten wir hier 365 Tage rund um die Uhr Betrieb vor unserer Haustür", argumentiert Konzett. "Hinzu kommen Lärm und Parkplatznot." Zusammen mit neun anderen Parteien stellen sich Konzett, Büchel und Rechtsanwalt Geiger öffentlich gegen den Casinoplan; und eigentlich seien noch viel mehr dagegen. Doch wer auf die Barrikaden gehe, gerate selbst unter Druck. Rechtsanwalt Geiger blättert durch den Zettelwust, sucht nach der richtigen Stelle und liest aus einem gegnerischen Anwaltschreiben vor: "Wir geben zu bedenken, dass eine zeitliche Verzögerung zu Schäden in Millionenhöhe führen wird."

Sowohl unsere Mandantin (Anm. d. Red.: das Immobilienunternehmen ITW) als auch die zukünftigen Mieter (Anm. d. Red.: Casino) werden nicht zögern, die Schäden gegenüber den Verantwortlichen geltend zu machen." Geiger legt den Brief zurück auf den Stapel - eine Schadensersatzdrohung in Millionenhöhe an einige wenige Bürger aus Balzers.

Martin Meyer, CEO der ITW, möchte sich eigentlich nicht weiter zum Casinothema äußern. Für den Immobilienbetreiber bestehe dazu "kein Kommunikationsbedarf", heißt es. Als ehemaliger Wirtschaftsminister und stellvertretender Regierungschef ist er mit dem Glücksspielgesetz vertraut. Die Abschaffung des Casinoverbots erfolgte 2010 unter der Regierung, deren stellvertretender Chef er war. Heute sitzt Meyer auf der anderen Seite und vermietet Räumlichkeiten an Casinobetreiber. Erst auf die Schadensersatzvorwürfe der Bürger angesprochen, schaltet er sich dann doch ein. "Den Vorwurf der Drohung weisen wir in aller Deutlichkeit zurück", antwortet Meyer per Mail. Die ITW hätte nur aufgrund der Vorgeschichte an diesem Ort entschieden, "frühzeitig und transparent darzulegen, dass wir allenfalls ebenfalls den Rechtsweg beschreiten und den wirtschaftlichen Schaden, welcher durch die mutwilligen Verzögerungen der

Grundstücksbesitzer entstanden ist, gegenüber den Verantwortlichen geltend machen".

Meyer bezieht sich damit auf einen vorangegangenen Rechtsstreit zwischen Anwohnern und der Post, die schon 2011 in den grauen Betonklotz einziehen wollte. Da das Gebäude in der Industrie- und Gewerbezone steht und die Post als Dienstleistungsbetrieb zählt, musste der Gemeinderat eine Ausnahmegenehmigung erteilen. Gegen diese Bewilligung setzten sich die Bürger juristisch zur Wehr und verloren durch alle Instanzen. Die Post zog trotzdem nicht in den Betonbau, sie hatte sich in der Zwischenzeit schon nach einem anderen Standort umgesehen.

Acht Jahre später erinnert die ITW vieles an den Streit von damals. Auch das Casino gilt als Dienstleistungsbetrieb und erhielt vom Gemeinderat eine Sondergenehmigung, wogegen die Bürger klagten. "Ganz offensichtlich geht es hier nicht um ein Casino als solches", sagt Meyer. Die ITW werde eine Verzögerungstaktik nicht tatenlos hinnehmen. Rechtsanwalt Geiger hingegen versteht den Ärger der Gegenseite nicht. "Das ist ihr Recht als Anwohner, wenn sie sich durch ein Projekt in ihren Nachbarschaftsrech-

ten verletzt sehen", sagt er. "Die Verkehrs- und Parkplatzsituation ist an diesem Ort problematisch und kann auch nicht durch bauliche Maßnahmen verbessert werden." Und während die ITW die Gelegenheit erhalten hätte, das Bauprojekt dem Gemeinderat vorzustellen, sei den Nachbarn diese Möglichkeit nicht gewährt worden. "Dass diese einseitige Darlegung eine unabhängige und unvoreingenommene Entscheidung unmöglich macht, ergibt sich bereits aus der allgemeinen Lebenserfahrung", erklärt Geiger, der für die Bürger eine Beschwerde eingelegt hat mit der Begründung, ihr Anspruch auf rechtliches Gehör sei verletzt worden.

Das Liechtensteiner Geldspielgesetz ist die Grundlage für die Genehmigung der vielen Casinos. Einige Parteien versuchen deshalb, die Folgen der Gesetzesreform von 2016 wieder etwas zu begrenzen. Die VU reichte ein "Postulat zur Gestaltung der größenverträglichen Casino-Landschaft Liechtenstein" bei der Regierung ein, um den Zugang zum Markt zu erschweren und die Einnahmen aus der Geldspielbranche an einen Zweck zu binden. "Zum Beispiel für die Altersvorsorge, um die Beliebtheit der Casinos bei der Bevölkerung zu

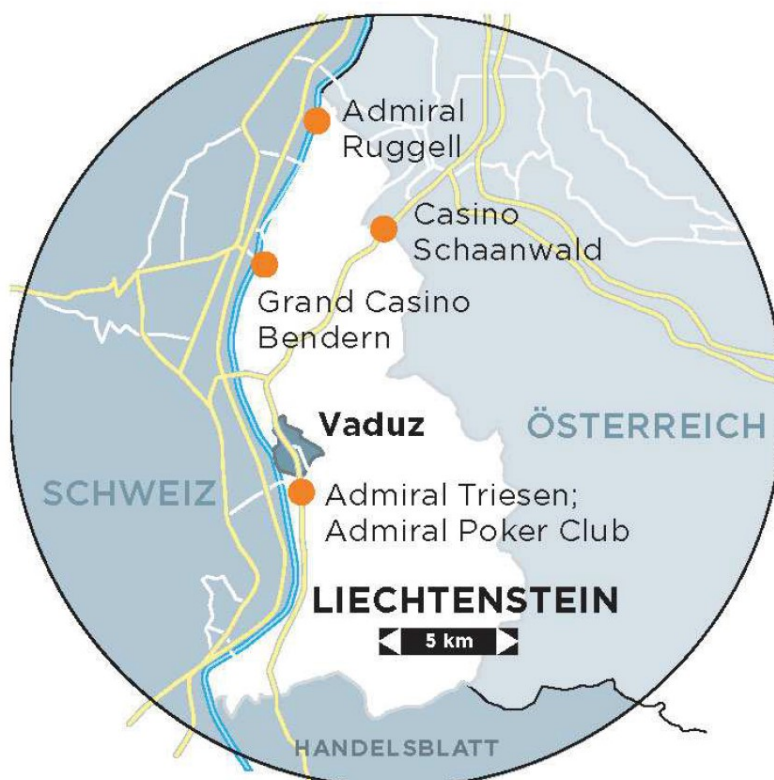
steigern." Beides wurde allerdings abgelehnt. Die sozialdemokratische Oppositionspartei Freie Liste wollte der Entwicklung ebenfalls Einhalt gebieten und sprach sich für eine Erhöhung der Glücksspielabgaben aus. Dagegen wehrte sich die VU. "Man kann Akteuren auf einem liberalen Markt nicht zumuten, plötzlich solche Dinge zu ändern", erklärt Fritz.

Der Coronakrise zum Trotz: Ohne strengere Regeln wie in Österreich, der Schweiz oder Deutschland werden sich weitere Casinos im Fürstentum niederlassen und Liechtenstein am Geschäft teilhaben lassen. Für Konzett ist das ein Schreckensszenario. "Die Mehrzahl der Gäste geht ärmer über die Grenze zurück, als sie hergekommen ist. Irgendwann fällt das dem Land auf die Füße."

ZITATE FAKTEN MEINUNGEN

19 Millionen Schweizer Franken Geldspielabgabe zahlten die Casinos im Jahr 2018 an Liechtenstein. Quelle: Amt für Wirtschaft Man darf nicht vergessen, dass Liechtenstein vor allem ein Industriestaat ist. Katharina Gey Leiterin des Amtes für Wirtschaft

(Abbildung)
Technik und Glamour: 131 Automaten und acht Spieltische gibt es im Casino Schaanwald.



Handelsblatt Nr. 075 vom 17.04.2020
© Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten.
Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@vhb.de.



Eine Branche sieht rot: Weil nicht gespielt wird, fallen Sportwettenanbieter um ihr Geschäft um

Wetten, worauf? Sportwettgeschäft am Boden

1.440 Admiral-Mitarbeiter in Kurzarbeit, Geisterspiele als Rettung

Wettanbieter. Kein Sport, keine Sportwetten. Eine ganze Branche liegt coronabedingt derzeit am Boden. Das einzige Land, in dem noch Fußball gespielt wird, ist Weißrussland. „Die Online-Anbieter haben aktuell etwa 70 bis 80 Prozent Umsatzrückgang. Für den stationären Betrieb, der alle Lokale geschlossen halten muss, sieht es noch schlechter aus“, berichtet Raffaella Zillner, die Generalsekretärin des Branchenverbandes ÖVWG (Österreichischen Vereinigung für Wetten und Glücksspiel).

Noch drastischer drückt es Interwetten-Chef Dominik Beier aus: „Es wurde uns die Geschäftsgrundlage genommen. Wir hoffen nur, dass bald mal irgendwo wieder die Kugel rollt und wir die Arbeit wieder aufnehmen können.“ Die zwei Monate, die jetzt verloren gingen, seien nicht mehr aufholbar.

Bei tipp3 spricht man von der „größten Herausforderung der Unternehmensgeschichte“, Toto kann seit Ende März gar nicht mehr gespielt werden.

Noch härter als die Online-Anbieter trifft es jene mit eigenen Filialen. Österreichs Marktführer Admiral Sportwetten musste wegen der Be-

tretungsverbote alle seine 260 Wettfilialen zusperren und 1.440 Mitarbeiter in Kurzarbeit schicken. „Unser Umsatzausfall beträgt sicher 90 Prozent“, berichtet Admiral-Geschäftsführer Jürgen Irsigler. Die noch stattfindenden Bewerbe wie etwa in Weißrussland seien höchstens ein Tropfen auf den heißen Stein, eSport sei noch ein Randthema.

Admiral hat sämtliche Investitionen wie Standort-Erneuerungen auf Eis gelegt,

„Es wurde uns die Geschäftsgrundlage genommen. Wir hoffen, dass bald mal wieder irgendwo die Kugel rollt“

Dominik Beier
Interwetten-Chef

was sich auf andere Branchen auswirkt.

Sponsormarkt bricht ein

Es ist nicht nur das Wettgeschäft allein, das zum Erliegen kommt: Viele Sportwettenanbieter sponsern Vereine und zählen zu den größten Werbekunden. „Die massiven Umsatzeinbußen im Sportwetten-Bereich wirken sich auf die gesamte Wert-

schöpfungskette aus, also auch auf den Werbe- und Sponsoringmarkt“, sagt Beier. Interwetten sponsert die beiden deutschen Fußballklubs Hoffenheim und Wolfsburg. Nicht zuletzt wegen der Sponsoringverträge wird versucht, trotz Corona irgendwie weiterzuspielen. „Wir hoffen, dass die deutsche Bundesliga Geisterspiele durchführt, das würde uns schon helfen“, meint Irsigler.

An den Börsen sind Wettanbieter im Sinkflug. So hat sich der Aktienkurs des in Österreich gegründeten Online-Pioniers Bet-at-home seit Ausbruch der Krise mehr als halbiert. Das Unternehmen mit Sitz auf Malta meldete einen Gewinneinbruch von 45 Prozent im abgelaufenen Jahr. Grund dafür waren Steuernachzahlungen in Österreich und Malta in Höhe von 14 Millionen Euro.

Der Firmensitz auf Malta erweist sich für Online-Wettanbieter jetzt als Nachteil, weil sie dadurch von nationalen Corona-Hilfspaketen ausgeschlossen sind. Malta selbst hat bisher keine Hilfen in Aussicht gestellt. In Großbritannien blitzte auch der Wett-Dachverband beim staatlichen Rettungsfonds ab.

ANITA STAUDACHER

„Die Presse“, 16.04.2020

U-Ausschuss zu Ibiza startet jetzt im Juni

Postenbesetzungen bei den Casinos Austria werden aufgearbeitet.

Wien. Es gibt noch ein politisches Geschehen abseits der Corona-Krise: Für den „Ibiza-Untersuchungsausschuss“ liegt jetzt ein Arbeitsplan vor. Demnach starten die Befragungen Anfang Juni. Der von SPÖ und Neos initiierte Untersuchungsausschuss beschäftigt sich mit den Postenbesetzungen bei den Casinos Austria sowie in anderen staatsnahen Unternehmen. Ausgangspunkt sind die Ibiza-Affäre sowie bekannt gewordene Handydaten, nach denen die FPÖ der Firma Novomatic Vorteile versprochen haben soll, wenn FPÖ-Funktionär Peter Sidlo Casinos-Vorstand wird.

Ursprünglich hätten die Befragungen schon nach Ostern beginnen sollen, das wurde wegen der Ansteckungsgefahr verschoben. Jetzt sind 26 Termine für das Jahr 2020 vorgesehen, weitere 16 Termine für das Jahr 2021. Begonnen dürfte mit den Einvernahmen der Zeugen am 4. Juni werden. Neun weitere Sitzungen sind bis zur Sommerpause weiters geplant. Enden wird der U-Ausschuss am 16. April kommenden Jahres, so er nicht um drei bis sechs Monate verlängert wird.

Aufgrund der Corona-Pandemie wird der Untersuchungsausschuss nicht gewohnt im üblichen Lokal in der Hofburg stattfinden, sondern im Plenarsaal. Damit sollen die nötigen Sicherheitsabstände zwischen Abgeordneten, Auskunftspersonen und Mitarbeitern sichergestellt werden.

Ischgl muss warten

So lange der Ibiza-U-Ausschuss tagt, kann die Opposition übrigens den angekündigten Ischgl-U-Ausschuss oder eine andere parlamentarische Untersuchung rund um die Corona-Krise nicht im Alleingang starten. Ein zweiter U-Ausschuss wäre nur möglich, wenn auch die Koalition zustimmt. (maf/APA)